

Der



informiert

Jahresrückblick 2024

Schon im dritten Jahr in Folge müssen wir berichten, dass Diskussionen mit Politik und Behörden bei unterschiedlichen Auffassungen zu neuen Projekten immer schwieriger bis unmöglich werden. Wer die bundespolitischen Vorgänge in Berlin aufmerksam verfolgt, gewinnt schnell den Eindruck, dass sich die Akteure in einer eigenen Blase befinden, abgeschottet von den tatsächlichen Verhältnissen und Realitäten im Lande und den Bedürfnissen der Bevölkerung. Allenfalls ist man bereit, "die Entscheidungen besser zu erklären", nicht aber, sie mit der Bevölkerung auszuhandeln.

Diese Entwicklung setzt sich nach unserem Empfinden in den Ländern, den Kommunen und auch in den Behörden fort.

In den letzten beiden Jahren sind zu unseren bekannten Baustellen zwei neue Problembereiche hinzu gekommen: die Pläne der Stadtwerke Trier, auf der Ruwerer Moselseite, 500 Meter genau gegenüber unserer Grundschule, eine Klärschlammverbrennungsanlage zu errichten.

Am 18.10.2023 stimmte der Ortsbeirat Ruwer einstimmig gegen das Projekt. Dennoch erfolgte bereits am 02.11.2023 im Stadtrat der Aufstellungsbeschluss. Nicht ganz einstimmig, aber mit Zustimmung von SPD, CDU, Grünen und FDP. Die Erfahrung lehrt uns, dass auf diese Art eingeleitete Projekte kaum noch zu stoppen sind. Eine erste Stellungnahme haben wir am 15.11.2023 in unserer Rubrik "der BV informiert" auf der Internetseite veröffentlicht.

Für gleichermaßen bedenklich und angesichts des kulturellen Erbes der ältesten Stadt Deutschlands nicht nachvollziehbar, halten wir die Pläne der Stadt Trier, die uns umgebenden Höhenzüge mit einem Kranz von Windkraftanlagen - sechs mal höher als die Mariensäule - zu krönen. Gemeinsam mit der BI Naherholungsgebiet Bausch sprechen wir uns energisch gegen die Errichtung solcher Anlagen im Pfalzeler Wald auf dem Steigenberg und Balmet aus.

In einem ersten Anhörungsverfahren haben der BUND und der NABU diese beiden Standorte für absolut ungeeignet erklärt. Das Landesamt für Umwelt sie in einer landesweiten Erhebung in die beiden höchsten Risikostufen eingeordnet.

Das Baudezernat hat seit 2022 eine Kulisse aufgebaut, dass die Stadt Trier Flächen für Windkraft ausweisen müsse, wenn man einen Wildwuchs von Anlagen verhindern wolle. Damit wurde dem Stadtvorstand und dem Stadtrat eine Alternativlosigkeit in dieser Frage vorgetäuscht.

In einem Beitrag vom 09.02.2024 hat der TV diese These ungeprüft auch in der Bevölkerung verbreitet (Anwohner befürchten Schneisen im Wald).

Dieses Narrativ fand ein plötzliches Ende, als es in einer Sitzung des Umwelt-Ausschusses am 09.04.2024 von Herrn MdL Frisch - zur Überraschung aller Anwesenden einschließlich des gesamten Stadtvorstandes - als Fabel entlarvt wurde.

Wer allerdings glaubte, damit sei dieser Spuk beendet, wurde bitter enttäuscht. Das Dezernat hält eisern seine Pläne aufrecht. Die Zielabweichung wurde bei der SGD Nord beantragt und ist inzwischen positiv beschieden. Auch unsere Schreiben an die Planungsgemeinschaft und die SGD haben nichts bewirkt.

Die Planungsgemeinschaft für die Region Trier weiß, dass insbesondere in ihrem Bereich sogar das endgültige Flächenziel (Land 2030 / Bund 2032) bereits nahezu erreicht ist. Man weiß, dass das Landesumweltamt etwa doppelt so viele konflikt- und risikoarme Flächen erfasst hat als benötigt. Man weiß, dass die Landesregierung mit den Umweltverbänden vereinbart hat, nur solche Flächen in die Planungen einzubeziehen. Dennoch diese Entscheidung ganz nach dem Motto, wenn Trier das will, sollen sie doch ihr Umfeld verschandeln. Selbst wenn dabei auch das landschaftliche Kulturerbe Moseltal irreversibel geschädigt wird.

Wir wissen nicht, wie wir diese Lage einschätzen sollen. Klar ist, dass der Bund alle Hindernisse, die den Ausbau der "erneuerbaren Energien" in irgendeiner Weise auch nur bremsen könnten, aus den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen in Windeseile beseitigt hat: Baugesetzbuch (BauGB), Raumordnungsgesetzes (ROG), Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), (20 bisher geschützte Vogelarten) usw.

Das Land hatte eine vorbildliche Vorarbeit geleistet: Verhandlungen und Vereinbarungen mit Naturschutzverbänden und eine überaus aufwendige Erfassung und Kartierung verfügbarer Flächen durch das Landesumweltamt. War das alles umsonst? Gilt nur noch volle Kraft voraus? Und dann auch noch schneller als der Bund es vorgibt?

Heute irritiert uns, dass im Entwurf des neuen Raumordnungsplans des Landes Naherholungsgebiete wie das unsere, bisher nahezu unangreifbar, nicht mehr vorhanden sind. Damit ist eine ganz besondere Hürde zur Errichtung solcher Anlagen geschliffen. Dass man sich bei der Begründung der Zielabweichung aber bereits auf den Entwurf einer Änderung stützt, ist wohl nur dadurch zu erklären, dass zum schnelleren Ausbau der Windkraft alles möglich sein muss.

Aktuell bleibt uns nur die Hoffnung, dass wir am Ende den Stadtrat davon überzeugen können, dass auch ohne Trierer Beteiligung die Flächenziele locker übererfüllt werden können und Trier ein solches Opfer nicht bringen muss.

Wir diskutieren hier lieber nicht, ob diese Maßnahmen tatsächlich dem Klima nutzen oder eher unseren lange erarbeiteten Wohlstand vernichten. Einige Anmerkungen sollen aber sein.

Die beiden letzten Klima-Konferenzen in Dubai und Baku hätten für die deutschen Teilnehmer ein klares Signal sein müssen. Dass nämlich kein Land der Welt unseren Sonderweg mitgehen wird. Der bedeutet, sichere und preiswerte Energiequellen abzuschalten, ehe man einen verlässlichen Ersatz gefunden hat. Und zugleich Milliardenwerte an volkswirtschaftlichem Vermögen zu vernichten.

Leider muss man feststellen, dass die Lernkurve gegen Null geht.

Der November und der Beginn dieses Monats waren geprägt von teils anhaltenden Dunkelflauten. Die Preise an den Strombörsen stiegen bis zum 20-fachen des Üblichen. Nur durch riesige Stromimporte aus den Nachbarländern entgingen wir Blackouts.

Inzwischen ist der Unmut der Nachbarn unüberhörbar. Denn auch dort explodierten in der Folge die Strompreise. Schweden und Norwegen haben die Bundesregierungen massiv kritisiert und angekündigt, ihre Stromexporte zu uns nicht auf diese Weise länger zu unterstützen. Und Frankreich denkt nicht erst seit gestern daran, aus diesem europäischen Stromverbund auszusteigen.

Schon im Frühjahr forderten Netzbetreiber ein Moratorium des Ausbaus der Erneuerbaren, wenn nicht der Netzausbau und der von Speicherkapazitäten damit Schritt halten könnten. Der Netzausbau lag Ende 2023 um 6.000 km hinter den Planungen zurück. Der Speicherausbau tendiert gegen Null. Reaktionen darauf sind nicht bekannt.

Die Betreiber von Windkraftanlagen erhalten bei Abriegelungen Entschädigungen für nicht erzeugten Strom. Der Haushaltsansatz für 2024 von 10 Milliarden € ! war zur Jahresmitte bereits erschöpft. Die Kosten für die Steuerung der Netze belaufen sich inzwischen auf mehrere Milliarden € / Jahr. Diese Energiewende mit der Brechstange ist ein Fass ohne Boden geworden.

Und ein Vorbild für andere, denen man zeigt, wie es geht, werden wir wohl nicht mehr. Vielleicht sollte man mal über Landesgrenzen schauen, z. B. nach Belgien. Dort ist die Regierung in die Atomindustrie eingestiegen und kann mit günstigen Energiepreisen selbst die Stahlindustrie zum Bleiben und zu Neuinvestitionen bewegen.

Trotz all dieser bedenklichen Nachrichten sei betont, dass wir uns nicht entmutigen lassen. Wir werden unsere Standpunkte auch weiterhin energisch vertreten. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

**Wir wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien, Freunden,
Pfalzler Bürgern und Gesprächspartnern ein friedliches
Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.**